

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem Landesparteitag in Bochum haben wir einen entscheidenden Schritt getan: Wir haben einen umfassenden Entwurf für die Bildungspolitik in NRW beschlossen, mit einem klaren Ziel: „Die beste Bildung für alle“. Wir wollen die Qualität der Bildung verbessern, von der Kita bis zur Weiterbildung. Alle, von den ganz Kleinen bis hin zu den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, haben Anspruch auf die beste Bildung.

Die Analyse zeigt: Wir sind in NRW heute weit von diesem Ziel entfernt. Dafür tragen auch wir einen Teil Verantwortung: Wir haben auf die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre nicht schnell und nicht konsequent genug reagiert. Durch die chaotische Schulpolitik der Landesregierung wird die Lage unserer Schulen jetzt täglich schwieriger. Sie hat kein Konzept, keinen Plan für die Bildungspolitik.

PISA hat bewiesen: An unseren Schulen werden zu viele Kinder aussortiert. Unsere Alternative lautet: Länger gemeinsam lernen. Die Zeit ist reif dafür. Wir wollen die Gemeinschaftsschule: Alle Kinder unter einem Dach und mit einem Lehrerkollegium – bis Klasse 10. In den Klassen 5 und 6 soll gemeinsam gelernt werden – wie in der Grundschule. Danach kann weiter integriert oder nach Haupt- und Realschule und Gymnasium differenziert unterrichtet werden.

Der Parteitag hat mit ganz großer Mehrheit beschlossen: Die Gemeinschaftsschule ist das Modell der NRWSPD. Sie ist die Schule der Zukunft – sie wird niemanden ausgrenzen. Dafür werden wir jetzt hart kämpfen müssen. CDU und FDP planen eine Schlammschlacht. Sie wollen einen Schulkrieg herbeireden. Wir führen keinen Krieg, aber wir gehen selbstbewusst in diese Auseinandersetzung. Wir werden geschlossen und entschlossen unser Konzept vertreten. Wir haben die besseren Argumente. Die Bürgerinnen und Bürger wissen längst, dass wir in der Bildungspolitik dringend handeln müssen. Wir haben den Mut, die Veränderungen anzupacken – die Regierung hat ihn nicht.



Eure Hannelore Kraft



Überwältigende Mehrheit: 99,1 % der Delegierten stimmten am Ende für den Bildungsantrag

SPD-BILDUNGSPARTEITAG IN BOCHUM:

NRWSPD WILL „DIE BESTE BILDUNG FÜR ALLE!“

Nach über einem Jahr intensiver Diskussion in der ganzen Partei haben 450 Delegierte am 25. August in Bochum das neue Bildungskonzept der NRWSPD mit großer Mehrheit beschlossen. Bei einer Neinstimme und drei Enthaltungen stimmten 99,1 Prozent auf dem Sonderparteitag für den Leitantrag des Landesvorstandes.

Kernpunkt des umfangreichen Konzepts ist die Einführung einer Gemeinschaftsschule bis Klasse 10, in der Hauptschule, Realschule und Gymnasium unter einem Dach zusammengefasst werden. Mindestens bis zur sechsten Klasse sollen alle Kinder gemeinsam unterrichtet werden. „Niemand wird aussortiert“, sagte Kraft.

Die NRWSPD will außerdem eine Ausbildungsplatzgarantie für alle Jugendlichen und einen Ausbau der Weiterbildung. Die von der schwarz-gelben Landesregierung eingeführten Gebühren für das Erststudium will die SPD wieder abschaffen, wenn sie die nächste Landtagswahl im Jahr 2010 gewinnt.

Auch Vizekanzler Franz Müntefering unterstützte mit seiner Rede vor dem Landesparteitag den Leitantrag: „Die Sozialdemokratie ist im 19. Jahrhundert auch gegründet worden, um Bildung für breite Schichten zu ermöglichen“, sagte er. Er betonte die Bedeutung einer besseren Schulausbildung für alle Kinder.

Hannelore Kraft:
„Unser Bildungsprogramm ist ein umfassender Entwurf mit einem klaren Ziel: Die beste Bildung für alle!“



Die stellvertretende Parteivorsitzende und Leiterin der Projektgruppe „Schule und Bildung“, Ute Schäfer, warb engagiert für den bildungspolitischen Leitantrag

Denn Bildungsarmut sei bei vielen Menschen die Ursache für lebenslange Armut. „Wer will, dass wirklich Armut bekämpft wird, muss dafür sorgen, dass alle Menschen die gleiche Chance haben“, sagte der Bundesarbeitsminister in Bochum.

Die Gemeinschaftsschule sei die „Schule der Freiheit“, sagte Kraft. Die Kritik von NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, mit der Gemeinschaftsschule drohten „zehn Jahre Chaos“, sei „Quatsch“. Die CDU stehe „für mehr und verschärfte Auslese“.

„Wir stehen für die Schulpolitik der Zukunft“, so Hannelore Kraft. Die Gemeinschaftsschule sei besser als alle anderen Modelle und grenze niemanden aus. Sie mache „individuelle Förderung erst wirklich möglich“. ■

AUS DEM BILDUNGSKONZEPT DER NRWSPD „DIE BESTE BILDUNG FÜR ALLE“

Der komplette Leitantrag zur Reform der NRW-Bildungspolitik beim Sonderparteitag der NRWSPD umfasste 35 Seiten. Hier nur einige Beispiele aus dem Bildungskonzept, das die NRWSPD nach der Landtagswahl im Jahr 2010 in Nordrhein-Westfalen umsetzen will.

KINDERGÄRTEN

Die NRWSPD fordert einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nach dem ersten Lebensjahr. Die Elternbeiträge sollen schrittweise gestrichen, der Besuch des letzten Kindergartenjahres Pflicht werden. Schon in der Tagesstätte soll für jedes Kind ein Bildungsförderplan erstellt werden.

GRUNDSCHULE

Die beiden ersten beiden Schuljahre sollen zu einer flexiblen Eingangsphase zusammengelegt werden, die die Kinder – je nach Leistungsvermögen – in ein, zwei oder drei Jahren durchlaufen. Kein Kind soll in den ganztägigen Bildungseinrichtungen aus finanziellen Gründen vom gemeinsamen Mittagessen und anderen schulischen Aktivitäten ausgeschlossen werden.

GEMEINSCHAFTSSCHULE

Bis zur zehnten Klasse sollen künftig alle Kinder in einer Schule von einem Lehrerkollegium unterrichtet werden. In den Klassen 5 und 6 soll der gemeinsame Unterricht verbindlich sein. Bei der Reform des Bildungssystems darf es nicht mehr um das „Ob“, sondern es muss um das „Wie“ einer Verlängerung der gemeinsamen Lernzeit in der Sekundarstufe I gehen, um anschließend den Weg in die gymnasiale Oberstufe oder auf das Berufskolleg oder in die berufliche Ausbildung zu eröffnen. Deshalb strebt die NRWSPD in der Perspektive ein vollständig integratives System an, das bis zum ersten qualifizierenden Abschluss am Ende der Sekundarstufe I führt. „Wir wollen die Menschen auf dem Reformweg mitnehmen“, heißt es in dem Leitantrag. Darum setzt die NRWSPD auf die Gemeinschaftsschule. Die nimmt die Kinder nach der Grundschule auf und ist bis zur Klasse 10 für deren Bildungserfolg verantwortlich. Am Ende der Klasse 10 können dort alle Schulabschlüsse der Sekundarstufe I erreicht

werden. Erst ab Klasse 7 oder später wird nach gemeinsamer Entscheidung der Schule, des Schulträgers und der Eltern entweder ein vollständig integrierter Unterricht weitergeführt oder eine Differenzierung beispielsweise in Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen vorgenommen.

OBERSTUFE

Weil viele Gymnasien und Gesamtschulen wegen rückläufiger Schülerzahlen künftig ihr Kursangebot in der Oberstufe nicht aufrechterhalten könnten, will die NRWSPD Oberstufenzentren für mehrere Schulen einführen.

STUDIUM

Die NRWSPD will bei einer Regierungsübernahme die von CDU und FDP eingeführten Studiengebühren für das Erststudium wieder abschaffen. Die Hochschulen sollen einen finanziellen Ausgleich erhalten. Die Zahl der Studienplätze soll massiv ausgebaut werden. Mittelfristig sollen mindestens 50 Prozent eines Altersjahrgangs ein Studium abschließen.

GANZTAG

Die NRWSPD wird das Programm der Offenen Ganztagsgrundschule auf alle weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I ausdehnen. Dafür sollen die Bildungsträger mit einem mehrjährigen Investitionsprogramm unterstützt und in einem abgestimmten sozial-räumlichen Konzept die Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

BERUFSAUSBILDUNG

Das politische Ziel der NRWSPD ist klar: Eine echte Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen und zwar auf hohem qualitativen Niveau.

Der Leitantrag ist auf den Internetseiten des NRW-Landesverbandes (www.nrwspd.de/bildungsparteitag2007) zu finden. ■

NRWSPD – Stark vor Ort:



PRÄSENTATION BEIM LANDES- PARTEITAG AUF DEM MARKT DER MÖGLICHKEITEN



Hannelore Kraft beim Rundgang über den Markt der Möglichkeiten

Mit viel Fantasie modernisieren Ortsvereine und Unterbezirke der NRWSPD ihre Arbeit und werben um neue Mitglieder. Das wurde einmal mehr am Rande des SPD-Landesparteitages in Bochum deutlich. Zahlreiche Parteigliederungen präsentierten dort ihre neuen Aktivitäten. Ein Rockfestival war dort ebenso zu bestaunen wie Bewerbungstrainings für junge Menschen oder auch ein Beispiel dafür, wie Hörgeschädigte am politischen Leben teilhaben können.

Viele der Aussteller haben sich auch für den Wilhelm-Dröschner-Preis beworben und reisen mit ihren Projektpräsentationen zum SPD-Bundesparteitag nach Hamburg. Die diesjährige Ausschreibung des Preises erfolgte zum Thema Mitgliederwerbung. Auf den NRW-Seiten des Vorwärts werden wir auf die Projekte noch im Einzelnen zurückkommen. ■



Kay Zerlin, Solingen, Mitglied im Juso-Landesvorstand:

„Mit dem verabschiedeten SPD-Bildungskonzept können wir Jusos gut in den Wahlkampf gehen. Wir hätten uns zwar gewünscht, dass das gemeinsame Lernen bis zum zehnten Schuljahr der Regelfall wird. Aber von diesem Ziel hat sich die NRWSPD ja auch nicht verabschiedet.“



Jochen Ott, Vorsitzender UB Köln und Leiter der Projektgruppe „Schule und Bildung“:

„Mit dem Bildungskonzept haben wir einen Prozess in Gang gesetzt, der die Menschen im Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit mitnimmt. Es sieht ja vor, dass Eltern und Lehrer vor Ort ihre Schule gestalten können. Und dafür muss es auch meiner Ansicht nach Spielräume geben.“



Svenja Schulze, Münster, Mdl und SPD-Unterbezirksvorsitzende:

„Ich finde es vorbildlich, wie wir in der SPD das Bildungsthema parteiintern und auch öffentlich diskutiert haben. So macht Parteiarbeit Spaß. Ich erinnere mich gut an ein Gespräch mit Vertretern der Landeselternschaft an Gymnasien. Wir konnten auch die für unser Modell nach anfänglicher Skepsis überzeugen.“



Ingrid Hack, Köln, Mdl:

„Mit unserem Bildungskonzept bezeugen wir auch Respekt vor der Fachkenntnis der Verantwortlichen vor Ort. Und das sind die Eltern, Lehrer und Kommunalpolitiker, die im Rahmen unserer neuen Schulpolitik ihre Gestaltungsspielräume haben. Wir werden die Schule mit der außerschulischen Kinder- und Sozialarbeit vernetzen.“

SPD-GRUNDSATZPROGRAMM „AUFBRUCH IN DIE ZUKUNFT WAGEN“

Neben der ausführlichen Diskussion über ein neues Bildungskonzept der NRWSPD stellten sich die Delegierten auf dem Bochumer Landesparteitag auch mit großer Mehrheit hinter den Leitantrag der NRWSPD zum neuen SPD-Grundsatzprogramm. Dieses wird beim Bundesparteitag vom 26. bis 28. Oktober in Hamburg beraten und beschlossen. Nach den Programmparteitag von Bad Godesberg und Berlin gibt sich die deutsche Sozialdemokratie zum dritten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte ein neues Grundsatzprogramm. Damit gibt die SPD – basierend auf ihren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – Antworten auf die Herausforderungen der Zeit.

In ihrer Rede vor dem Parteitag in Bochum unterstrich Hannelore Kraft, wie wichtig die Diskussion um das neue Grundsatzprogramm in der Partei war. Allein in Nordrhein-Westfalen gab es mehrere hundert Veranstaltungen. „Das

war ein Kraftakt“, sagte Kraft und lobte: „Auch ich habe mit vielen von Euch diskutiert. Ich habe dabei viel gelernt und eine lebendige Partei erlebt. Eine Partei, die sich ihrer Wurzeln besinnt und den Aufbruch in die Zukunft wagt.“

Ein Aspekt in der Debatte im neuen Grundsatzprogramm sei für sie besonders wichtig: „Wie gehen wir mit der Globalisierung um?“ Die SPD müsse Konzepte für diese neue Herausforderung entwickeln und dabei nicht nur über Risiken sprechen.

Kraft: „Wir müssen die Globalisierung gestalten, menschlich machen. Dies ist eine Forderung in bester sozialdemokratischer Tradition.“ Ziel der SPD war und bleibe eine gerechte Ordnung, in der freie Individuen solidarisch miteinander leben können. „Dafür kämpfen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit mehr als 140 Jahren – in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt“, sagte die SPD-Landesvorsitzende.

Der verabschiedete Leitantrag der NRWSPD zum Bundesparteitag geht neben vielen anderen Punkten auf die nationale und internationale Finanzmarktregulierung ein, die teilweise „in die falsche Richtung“ gehe: „Wir wollen die kurzfristigen, meist spekulativen Finanztransaktionen, die oft mit der Gefährdung von Arbeitsplätzen einhergehen, durch internationale Regeln – zum Beispiel durch eine Börsenumsatzsteuer – einschränken.“ International wird eine Besteuerung der Finanztransaktionen angestrebt. Außerdem soll mehr Transparenz bei den Aktivitäten der Private-Equity- und Hedgefonds hergestellt werden. Für diese so genannten „Heuschrecken“ will die NRWSPD Regeln, die eine ruinöse Schuldenübertragung zur Kaufpreisfinanzierung auf das übernommene Unternehmen, im Interesse der dort arbeitenden Beschäftigten, ausschließen. Eine Mindesteigenkapitalfestlegung für übernommene Unternehmen solle deren Überschuldung durch aggressive Fonds verhindern. ■



Karsten Rudolph, stv. Parteivorsitzender und Leiter der Grundsatzprogrammkommission, erläutert die Positionen der NRWSPD zum Grundsatzprogramm



Bernd Faulenbach, Vorsitzender der Historischen Kommission, führte in die Antragsdiskussion ein.

DIE NRWSPD GRATULIERT...

...ZUM GEBURTSTAG

101 Jahre

26.09.1906 Ferdinand Wiga

100 Jahre

17.09.1907 Heinrich Hundt
21.09.1907 Henriette Ladder
22.09.1907 Martha Dietle

95 Jahre

08.09.1912 Mechthilde von Wirth
14.09.1912 Liesbeth Kuhlmann
16.09.1912 Richard Reinstädler
28.09.1912 Franz Markworth
28.09.1912 Franziska Flisek
29.09.1912 Erich Prager

...ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

50 Jahre Gottfried Gerlach
Wilhelm Godde
Wilhelm Hustert
Wilfried Jacobs
Helmut Knäpper
Hans Lehmann
Hans Müller
Harry Nolting
Heinz Oestermann
Horst Stolz

60 Jahre Elisabeth Hollweg
Lieselotte Neuhäuser
Elisabeth Nickel



Hans Ettrich bei seinem Jubiläumsempfang

WIR BILDEN AUS: MEHR AZUBIS BEI DER NRWSPD

Richard Luckau spricht für alle Auszubildenden bei der NRWSPD: „Wir lernen hier gut und viel!“ Der Jugendvertreter freut sich ebenso wie Ausbildungsleiterin Ruth Meiß über seine im Sommer bestandene Prüfung zum Kaufmann für Bürokommunikation. Und auch darüber, dass die NRWSPD seit September sechs weitere und damit insgesamt 15 junge Menschen in seinem Beruf, aber auch zu Bürokaufleuten ausbildet.

Damit hat die NRWSPD einige Anstrengungen unternommen, die Zahl ihrer Ausbildungsplätze zu erhöhen und mehr jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu bieten. Ruth Meiß: „Wir erwarten ja auch von der Wirtschaft, dass sie ihre Verpflichtungen wahrnimmt und ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt.“

Gemeinsam mit Richard Luckau konnten sich jetzt auch Jennifer Jäger in Herne, Desiree Thiele und Benjamin Mikolajewski in Dortmund über ihre bestandene Prüfung freuen. Die neuen SPD-Azubis in NRW sind Nadine Strzalla, Saida Dis, Sylwia Harpeniuk, Angie Roosen, Serap Tekgül und Nils Iгла.

Ruth Meiß ist besonders stolz darüber, dass sich erstmals in der Regio „Bergisches Land“ vier SPD-Unterbezirke zusammen entschlossen haben, gemeinsam einen Ausbildungsplatz anzubieten. Davon profitierte Nadine Strzalla. Und die SPD-Ausbildungsleiterin hofft, dass auch andere Regios diesem Beispiel folgen werden.

Meiß ist sich im Klaren, dass manchmal die finanziellen und räumlichen Voraussetzungen in einzelnen SPD-Unterbezirken nicht für gute Ausbildung ausreichen. Die Ausbilderin für Bürokaufleute und Kaufleute für Bürokommunikation berät und unterstützt mit ihrem Fachwissen bei der Entwicklung gemeinsamer Ausbildungsplätze.

Deshalb achtet sie als Verantwortliche beim Landesverband darauf, dass die Ausbildungsqualität und die Voraussetzungen dafür in den Unterbezirken stimmen. Mit Verbundausbildungsverträgen gibt es auch bereits gute Erfahrungen in Kleve. Dort wird Timur Tur gemeinsam von SPD und Arbeiterwohlfahrt ausgebildet. ■



HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH HANS ETRICH ZUM 75. GEBURTSTAG UND ZU 50 JAHRE PARTEIMITGLIEDSCHAFT

Am 14.08.2007 wurde der „Ehrenbürger“ der Stadt Castrop-Rauxel und „Ehrenvorsitzender“ der Castroper SPD Hans Ettrich 75 Jahre. Zwei Tage später wurde er für 50 Jahre Parteimitgliedschaft geehrt.

Hans Ettrich ist immer fest in seiner Stadt Castrop-Rauxel verwurzelt gewesen. Hier hat er über viele Jahre engagiert und erfolgreich gewirkt, zunächst als Gewerkschafter und Sozialdemokrat, als Mitglied der Arbeiterwohlfahrt und schließlich als „1. Bürger seiner Stadt“, als Bürgermeister.

Auch in der SPD hat Hans Ettrich Verantwortung übernommen: im Ortsverein, im Stadtverband und Unterbezirk und natürlich auch im Bezirk Westliches Westfalen.

Schon als Bürgermeister und später auch als Landrat des Kreises Recklinghausen hat Hans Ettrich schnell verstanden, dass das „Kirchturmsdenken“ vieler Kommunen nicht weiter hilft. „Zusammenarbeit“, hieß der Weg. Und so trägt die erste regionale strukturpolitische Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen, die Emscher-Lippe-Region, die Handschrift von Hans Ettrich. ■

KLUGER RATGEBER UND ZUVERLÄSSIGER FREUND

Im Alter von 82 Jahren ist am 24. Juli der frühere NRW-Kultusminister Jürgen Girgensohn verstorben. „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in NRW werden ihn vermissen: den engagierten Weggefährten, den klugen Ratgeber und den zuverlässigen Freund“, würdigte ihn die SPD-Landesvorsitzende Hannelore Kraft.

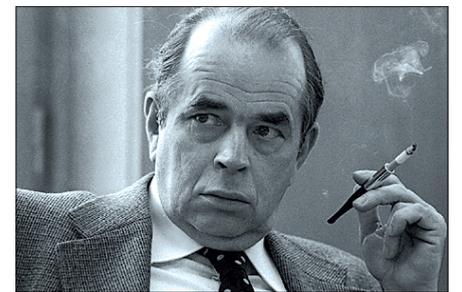


FOTO: SVEN SIMON FOTOAGENTUR

Seit 1950 war Jürgen Girgensohn Mitglied der SPD. Von 1967 bis 1984 war er im Vorstand des SPD-Bezirks Westliches Westfalen. 1972 wurde er stellvertretender Bezirksvorsitzender.

Von 1964 bis 1970 war Jürgen Girgensohn Landrat im Kreis Unna, von 1966 bis 1985 SPD-Landtagsabgeordneter. Am 8. August 1970 wurde er als Kultusminister in die von Heinz Kühn geführte Landesregierung des Landes NRW berufen.

Bevor Jürgen Girgensohn 1950 sein Studium an der Pädagogischen Akademie Lünen begann, arbeitete er als Landarbeiter, Forstarbeiter und Bauarbeiter. Nach seinem Studium war er von 1952 bis 1959 Volksschullehrer, danach bis 1967 Realschullehrer an der Realschule Oberaden in Bergkamen.

In seiner Amtszeit als Kultusminister des Landes NRW setzte er sich vor allem für die Verbesserung der Lage an den Grundschulen ein. Jürgen Girgensohn setzte gegen erbitterten politischen Widerstand der CDU die Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule durch.

In seiner langjährigen Parteimitgliedschaft hat er stets dafür geworben, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten selbstbewusst für ihre Grundwerte eintreten

„Mit ihm verlieren wir nicht nur einen engagierten Politiker“, sagte Hannelore Kraft, „wir verlieren auch einen großartigen Menschen.“ Er habe vielen Menschen Mut gemacht und auch der SPD immer wieder neue Kraft verliehen.

Hannelore Kraft: „Mit dem Tod von Jürgen Girgensohn verliert das Land Nordrhein Westfalen eine große Persönlichkeit.“ ■